Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion. Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 6 März 1884. Nr. 111.

Deutschland.

Berlin, 5. März. Der zwölfte deutsche Handelstag wird am 2. und 3. April d. J., Vormittags 10 Uhr, in Berlin im Bürgersaale des Rathhauses abgehalten werden. Die Tagesordnung ist unter Vorbehalt endgiltiger Feststellung durch die Plenarversammlung wie folgt entworfen:

1) Geschäftsbericht über die Thätigkeit des Handelstages bezw. des bleibenden Ausschusses seit der Plenarversammlung. 2) Bildung des Bureaus gemäß Art. 7 und 8 der Statuten. 3) Der Gesetzentwurf über die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften. Referent Herr Generalkonsul und Inhaber der Diskontogesellschaft Russell. 4) Ergänzungswahl für die gemäß Art. 10 der Statuten ausscheidenden Mitglieder des bleibenden Ausschusses. 5) Innere Angelegenheiten. 6) Das Reichsstempelgesetz vom 1. Juli 1881. Referent Herr Präsident a. D. und Direktor der deutschen Bank Jonas. 7) Die Ladescheine im Eisenbahnfrachtverkehr. Referent Herr Kommerzienrath Michel-Mainz. Zu Punkt 3 dieser Tagesordnung schlägt der bleibende Ausschuß folgende Resolution zur Annahme vor:

1) Der deutsche Handelstag erkennt an, daß eine Reform der gegenwärtigen Gesetzgebung über die Aktiengesellschaften und die Kommanditgesellschaften auf Aktien namentlich nach der Richtung als angezeigt erscheint, daß für die Gesellschaftsgründung eine größere Offenlegung des Sachverhalts und eine rechtlich scharf umgrenzte Verantwortlichkeit zu schaffen ist. Die hierauf abzielenden Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes bedürfen indeß im Einzelnen wesentlicher Modifikationen, wenn sie den beabsichtigten Erfolg sichern und nicht andererseits schädlich wirken sollen.

2) Der deutsche Handelstag hält es sodann für äußerst bedenklich, daß der Gesetzentwurf in seinen Bestimmungen über die Verwaltung der Aktiengesellschaften von einem Gebiete des Mißtrauens gegen die Organe der Gesellschaften (Vorstand, Aufsichtsrath und Generalversammlung) geleitet wird. Dieses Mißtrauen muß dazu führen, daß es an den persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für einen guten und stetigen Gang der Verwaltung fehlen wird, und daß also gerade diejenigen Interessen geschädigt werden, welche man zu schützen vermeint.

3) Der deutsche Handelstag erklärt hiernach eine Umarbeitung des Entwurfes in den angedeuteten Richtungen für erforderlich. Er fühlt sich um so mehr verpflichtet, dieselbe zu beantragen, als von dem Inkrafttreten des Entwurfs, wie er jetzt vorliegt, eine äußerst bedenkliche Lähmung des Unternehmungsgeistes und des gesammten Volkswohlstandes, somit vor Allem eine wesentliche Verschlechterung der Lage der arbeitenden und erwerbenden Klassen zu befürchten ist. Zufolge einer wirthschaftlichen und technischen Entwicklung, welche unabhängig von der staatlichen Gesetzgebung sich vollzieht, kann eine große Zahl von Unternehmungen nicht mehr durch Einzelne, sondern nur noch durch die Verbindung großer Kapitalassoziationen mit der zur Leitung berufenen Intelligenz begründet und konkurrenzkräftig erhalten werden. Demzufolge erscheinen alle Maßregeln der Gesetzgebung, durch welche diese Formen der wirthschaftlichen Thätigkeit vorzugsweise ungünstig behandelt werden, um so bedenklicher, als die Entwicklung des Gesellschaftsrechtes seither nicht zu Gestaltungen geführt hat, welche den verschiedenartigen Bedürfnissen der gewerblichen Assoziation besser entsprechen.

Begleitet ist diese Resolution von einem Bericht über die in Betreff dieser Frage eingegangenen Gutachten der einzelnen Handelsvorstände.

— Zu den Beschwerden des Abg. v. Wierzbinski über die zahlreichen und strengen Verurtheilungen in polnischen Preßprozessen, sowie über die Behandlung der polnischen verantwortlichen Redakteure in den Gefängnissen bemerkt der „Kuryer Pozn.":

„Wir sind dem Abg. v. Wierzbinski für die Besprechung dieser Angelegenheit im Abgeordnetenhause herzlich dankbar. Der geehrte Abgeordnete hatte eine schwierige Aufgabe und erledigte sich derselben mit Takt und Erfolg, indem er gewiß nicht dem Herrn Minister Anlaß zu einer so ungewöhnlichen Verdrehung der Tendenz seiner Rede gab. Der geehrte Abgeordnete verlangte durchaus nicht eine Beeinflussung der Gerichte, wie ihm dies der Herr Minister insinuirte, sondern protestirte im Gegentheil energisch gegen eine solche Beeinflussung. Im Namen der Redakteure, welche zur Fabrikation von Düten, zum Reißen von Federn und zur Anfertigung von Zigarren verurtheilt sind, welche in Ketten, wie gewöhnliche Verbrecher transportirt werden (so machte man es mit dem Redakteur des „Przyjaciel ludu" in Kulm), statten wir dem geehrten Abgeordneten den Dank für die edle Vertheidigung ab, mit der er in ihrer Angelegenheit auftrat."

— In Folge einer Kabinetsordre sind neue Bestimmungen über Kapitulationen in der Marine erlassen. Dieselben dürfen nur mit solchen Mannschaften abgeschlossen werden, von welchen ein wesentlicher Nutzen für den Dienst zu erwarten ist; sie dürfen mit Mannschaften schon während der Erfüllung ihrer aktiven Dienstzeit abgeschlossen werden. Mit den aus dem Schiffsjungeninstitut hervorgegangenen Mannschaften ist eine Kapitulation abzuschließen, wenn dieselben nach neunjähriger aktiver Dienstzeit, unter Doppelrechnung der Kriegsjahre, sowie der als doppelte Dienstzeit in Anrechnung zu bringenden Seefahrzeit, noch nicht zwölf Dienstjahre erreicht haben. Kapitulanten, deren Kapitulation während des mobilen Zustandes oder einer von dem Kaiser angeordneten außergewöhnlichen Verstärkung der Marine abläuft, dürfen ihre Entlassung aus dem Dienste erst bei der Demobilmachung oder Ueberführung der Marine auf den Friedensstand fordern.

— In der am Montag stattgehabten ersten Sitzung der Kommission für das Kommunalsteuergesetz wurde festgesetzt, daß zwei Lesungen des Entwurfs stattfinden sollen. Von der Ernennung eines Referenten für die Kommission wurde Abstand genommen. Demnächst wurde eine Subkommission von drei Mitgliedern erwählt, um das von der Staatsregierung vorzulegende statistische Material bezüglich der Eisenbahnbesteuerung einer Vorprüfung und Sichtung zu unterwerfen. Bei der Spezialdiskussion am 2. wurde die Einkommensbesteuerung der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergwerkschaften (mit Einschluß der Gewerkschaften älteren Rechts) acceptirt und dann ein Amendement Meßner-Hammacher, statt „eingetragene Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht", zu setzen: „Konsumvereine, sowie eingetragene Genossenschaften, die letzteren nur insofern deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht", angenommen.

— Heute sind die Gerüchte, welche die Stellung des Kultusministers Herrn v. Goßler als erschüttert bezeichneten, vollständig verstummt und es werden etwaige Versuche, solche neu zu beleben, mit begründetem Mißtrauen zu betrachten sein.

— Die „Prov.-Korr." bringt eine Uebersicht der Aufgaben der Reichstagssession, welche Neues nicht enthält; am Schluß heißt es:

„Es wird dem Reichstage ein dem Bundesrathe bereits vorgelegter Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von Mitteln zu Marinezwecken, übergeben werden, dessen Zusammenhang mit dem der Entwickelung unserer Flotte zu Grunde liegenden Plane den leitenden Gesichtspunkt für die sachliche Beurtheilung bildet. Daß es sich in Mitten einer politischen Lage, welche der Erhaltung des Friedens die denkbar festesten Bürgschaften bietet, um anderes nicht handeln kann, als um die stetige Fortführung eines begonnenen, systematisch aufgebauten Werkes und um die Nutzbarmachung der Ergebnisse bereits gethaner Arbeit, wird auch da einleuchten, wo Forderungen zu militärischen Zwecken erfahrungsmäßig irrthümlichen Auffassungen ausgesetzt sind. Auf dem Gebiete unseres Marinewesens kann die Arbeit ebensowenig still stehen, wie auf den übrigen Gebieten des Staatslebens. — Wo zur Zeit der Schwerpunkt unserer Aufgaben liegt, lehrt jede Betrachtung der zeitgenössischen Ereignisse des In- und Auslandes, die immer wieder darauf hinweisen, daß der der Kulturwelt gegönnte äußere Frieden zur Wiederherstellung und Befestigung des inneren Friedens und der Eintracht zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen benutzt werden muß. Möchte die bevorstehende Reichstagssession dazu beitragen, daß die auf diesem Gebiete erfolgreich in Angriff genommene deutsche Arbeit um ein weiteres Stück gefördert werde!"

In einem zweiten Artikel wendet die „Prov.-Korr." sich gegen die auch von uns erwähnten konservativen Beschwerden, daß nicht genug seitens der Regierung für die Landwirthschaft geschehe. Nach einer Aufzählung der Maßregeln und Versuche der Regierung in dieser Beziehung wird bemerkt:

„Wenn die Absichten der Regierung an einzelnen Punkten, z. B. in Sachen der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer und der Erhebung der Holzzölle, auf unbesiegbaren Widerstand stießen, so wird die Verantwortung dafür da zu suchen sein, wo man es an wirksamer Unterstützung der bezüglichen Vorschläge oder (um die Sache allgemeiner zu fassen) an gehöriger und zweckmäßiger Geltendmachung der ländlichen Interessen fehlen ließ.

An zweckmäßiger Geltendmachung! Denn dafür, daß mit allgemein gehaltenen Forderungen und mit agitatorischen Schlachtrufen nichts ausgerichtet, sondern höchstens auf eine Verwirrung der Meinungen hingewirkt wird — dafür hat gerade in den letzten Tagen ein deutlicher Beleg vorgelegen. Befremdlicherweise ist es eines der führenden Organe der konservativen Partei (die „Neue Preuß. Ztg.") gewesen, welches an den in voriger Woche geführten Verhandlungen des Landwirthschaftsraths Veranlassung genommen hat, über das „schläfrige Tempo der Gesetzgebung" auf landwirthschaftlichem Gebiete zu klagen, die neue Subhastationsordnung und die Höferolle als bloße Palliativmaßregeln zu bezeichnen und dem Minister für Landwirthschaft in aller Form vorzuwerfen, daß er auf gedachter Versammlung, statt „greifbare Vorschläge darüber zu machen, wie der Nothlage der Landwirthschaft abzuhelfen sei", die eben zur Diskussion gestellten Anträge auf statistische Erhebungen über die Grundschulden und die Eigenthumsvertheilung unterstützt habe. . . . Wenn die Vertreter konservativer Interessen sich an dem, was bisher geboten und angestrebt worden, nicht genügen lassen wollen, so wird es an ihnen sein, weitere „greifbare" Vorschläge zu machen und das Gebiet allgemeiner und prinzipieller Betrachtungen zu verlassen, mit denen den Bedürfnissen des ländlichen Grundbesitzes ebensowenig geholfen werden kann, wie den vielfach nach derselben Methode behandelten Bedrängnissen des Kleingewerbes. Bis das geschehen ist, wird mit der — auch von dem Landwirthschaftsrathe als unentbehrlich anerkannten — Erforschung der Thatsachen fortgefahren und mit allem Nachdruck geltend gemacht werden müssen, daß die regierungsseitig zu Gunsten des ländlichen Grundbesitzes ergriffene praktische Initiative bis jetzt von keiner anderen übertroffen worden ist.

— Nach der Beerdigung der Leiche von Eduard Lasker haben die Abgeordneten Dr. Bamberger, Dr. Georg von Bunsen, v. Forckenbeck, Dr. Friedrich Kapp, Rickert und Schrader Namens ihrer politischen Freunde an den Präsidenten des Repräsentantenhauses zu Washington und an den Senator Karl Schurz Dankschreiben gerichtet. Das Schreiben an den Letzteren lautet:

„Berlin, 27. Januar 1884. Die Unterzeichneten beehren sich im Auftrage der heute hier versammelten Mitglieder aus allen Theilen des deutschen Reiches, Ihnen, Herr Senator, den wärmsten Dank für den beredten Ausdruck inniger Theilnahme und freundschaftlicher Hochachtung auszudrücken, den wir in Ihrer ausgezeichneten Rede bei der Leichenfeier unseres verblichenen Führers und Freundes Eduard Lasker in New-York gefunden haben. Die Liberale Vereinigung verbindet mit dieser Danksagung die heißesten Wünsche für die Wohlfahrt und das Gedeihen der mächtigen und emporstrebenden Vereinigten Staaten Amerikas und für die Befestigung und Weiterentwickelung der wechselseitigen Freundschaft zwischen beiden Nationen."

— Wie wir der „Freien Zeitung" entnehmen, wird von dem Abg. Dr. Max Hirsch in der bevorstehenden Session des Reichstages der Antrag eingebracht werden, das Inkrafttreten des Krankenversicherungs-Gesetzes (1. Dezember 1884) in Rücksicht auf die neuerdings durch die Novelle zum Hülfskassengesetz gebotenen Statutenänderungen zu verschieben. Bedingt schon das Krankenversicherungs-Gesetz eine Reihe von Abänderungen in den Statuten der freien eingeschriebenen Hülfskassen, die kaum bis zum 1. Dezember d. J. die behördliche Genehmigung erhalten haben dürften, wodurch die Wirksamkeit der freien Kassen außerordentlich gehemmt wird, so fordert die Novelle zum Hülfskassengesetz neuerdings zahlreiche, tief einschneidende Abänderungen, die eine eingehende Berathung der Generalversammlungen der Hülfskassen zur Voraussetzung haben. Die dann noch nothwendig werdenden Unterhandlungen mit den resp. Behörden stellen es nach Lage der Dinge außer Zweifel, daß die freien Kassen ihre Funktionen mit dem 1. Dezember noch nicht beginnen können.

— Das Schuldotationsgesetz kommt in dieser Session nicht mehr an den Landtag. Die Schwierigkeiten, welche sich an maßgebender Stelle gegen den Goßler-Puttkamer'schen Entwurf erhoben haben, sind erheblich genug, um dessen Einbringung vorläufig unmöglich erscheinen zu lassen. Wir wiederholen, daß die heute so viel besprochene Goßler-Krise, mindestens gesagt, jeden akuten Charakters entbehrt, und daß sie namentlich nicht mit der Rückberufung Melcher's zusammenhängt, an welche nicht gedacht wird. Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen dem Kanzler und dem Kultusminister sowie dem Minister des Innern wegen des Schuldotationsgesetzes — mit dem letzteren Minister, wie verlautet, auch wegen anderer Fragen. Vom Staatsministerium war der Schuldotationsgesetzentwurf bereits gutgeheißen, als er in Friedrichsruh beanstandet ward. Es wird nun mit Bestimmtheit behauptet, daß schon sehr bald der Schluß der Landtagssession eintreten werde und zwar vor Erledigung der Steuergesetze, so daß etwa nur Etat und Eisenbahngesetze von beiden Häusern fertig gestellt werden würden. Vielfach spricht man vom 4. April, hier und da auch von einem noch früheren Termin, als Schluß der Session. Nach der morgigen Sitzung soll zunächst eine Pause bis Dienstag stattfinden. Fürst Bismarck wird nach den neuesten Dispositionen, welche bekannt werden, vorläufig noch nicht hier zu erwarten sein.

— Nach einer Meldung des „D. T." wird dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugehen, nach welchem der Paragraph künftighin in das Gerichtsverfassungsgesetz aufgenommen werden soll, daß Klagen gegen auswärtige Souveräne oder deren Regierungen nicht mehr durch hiesige Gerichte zu entscheiden seien. Besondere Veranlassung zu diesem Entwurfe dürften wohl zwei Fälle gegeben haben. Im ersteren hatte ein Berliner Bankier auf rumänisches Eisenbahnmaterial Beschlag gelegt; der zweite betrifft die Festhaltung eines Torpedobootes, welches in Hamburg für den chilenischen Staat erbaut war.

— Der Berliner Korrespondent des „Standard" erklärt sich in der Lage, seinem Blatte über die neuen Beziehungen zwischen den drei Kaiserreichen Mittheilungen zu machen, die wir der Kuriosität halber unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es heißt daselbst:

„Es ist ein bindender Vertrag abgeschlossen worden zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit Rußland, dessen Hauptpunkte folgende sind: 1) Versicherung Rußlands, den beiden anderen Kaiserreichen gegenüber den Frieden aufrecht zu erhalten und die dadurch bedingte Zurückziehung der russischen Truppen von der russisch-deutschen und russisch-österreichischen Grenze; 2) Rußlands Verhältniß auf der Balkan-Halbinsel, namentlich Oesterreich gegenüber; beide Reiche anerkennen den Status daselbst auf Grundlage des Berliner Friedens; Rußland speziell die Okkupation Bosniens und der Herzegowina seitens Oesterreich-Ungarns; 3) Rußlands Stellung zu Frankreich mit der ausdrücklichen Erklärung Rußlands, die französischen Revanche-Wünsche keinenfalls zu unterstützen. 4) Die gegenseitige Zusicherung, den europäischen Frieden aufrecht zu halten. 5) Festsetzung der Dauer dieser Abmachung auf fünf Jahre. Die Initiative zu diesem Vertrage ging von Rußland aus, welches hofft, dadurch seine Finanzen und innere Lage zu bessern. Giers gelang es während seiner Reise in Berlin und Wien, diese Abmachungen zum Abschluß zu bringen, welche den europäischen Frieden auf mindestens fünf Jahre hinaus sichern. Andererseits bleibt Rußland freie Hand in Asien, da weder Deutschland noch Oesterreich sich dort einmischen werden. Dieser Vertrag zwischen den drei Kaiserreichen ist jedoch weder eine Wiederbelebung der Dreikaiser-Allianz, noch eine Veränderung der Tripel-Allianz zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien."

Ueber die Verständigung, die zwischen Deutschland und Rußland stattgefunden hat, ist nur eine ganz minimal kleine Zahl von Personen unterrichtet, nach Durchlesung dieser Enthüllungen bezweifeln wir, daß der Korrespondent des „Standard" dazu gehört. Daß die Verständigung zwischen Deutschland und Rußland einen wesentlich konservirenden und konservativen Charakter trägt, ist durch die Umstände, unter denen die beiden Reiche sich begegnen, und den Charakter der leitenden Persönlichkeiten über jeden Zweifel gestellt. Es ist indessen eben so unwahrscheinlich, daß Rußland einen „bindenden Vertrag" über „die Zurückziehung seiner Truppen von der Grenze" schließt, als daß der von allen Mächten Europas abgeschlossene Berliner Frieden „auf fünf Jahre" auf der Balkanhalbinsel anerkannt wird. Wenn der Korrespondent etwas über Egypten und Armenien, über Bulgarien und Rumelien, über die Behandlung der Türkei zu berichten gewußt hätte, könnte man über Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit eher mit ihm rechten als jetzt bezüglich der

schiefen gedruckten Trivialitäten, die er in Paragraphen bringt.

Ein Staatsmann in hervorragender Stellung las die Mittheilungen des „Standard“ und faßte sein Urtheil in das Wort zusammen: „Unsinn“.

— Die Kommission des österreichischen Herrenhauses, welche mit der Vorberathung der Vorlage über die Ausnahmeverordnungen beauftragt war, hat ihren Bericht vollendet; sie hat die Vorlage betr. die Ausnahmeverfügungen nicht nur zur Kenntniß genommen, sondern ausdrücklich als gerechtfertigt anerkannt, wogegen sie die Vorlage über die Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte nur zur Kenntniß nahm, allerdings mit einer Motivirung, welche die Möglichkeit der Einschüchterung der Geschworenen durch die Anarchisten und einer zu geringen Bildung und Einsicht derselben in die schwierige Frage, um welche es sich handelt, zugiebt. In den Motiven zu dem ersten Beschlusse wird hervorgehoben, daß fremde Emissäre unter den deutschen und tschechischen Arbeitern notorisch einen hochgefährlichen Geheimbund gestiftet haben. Dann wird erzählt:

Am 26. und 27. Oktober 1883 vereinigten sich mehrere „Anarchisten“ — wie sie sich gegenwärtig selbst nennen — mit den delegirten Genossen aus den meisten Ländern der Monarchie zu einer geheimen Besprechung in Lang-Enzersdorf, Bezirk Korneuburg. Hier wurde ein Aktionsplan entworfen und beschlossen, gegen die amtlichen Organe zur That zu schreiten, durch Akte des Terrorismus, durch Drohbriefe und durch Todesurtheile die Bevölkerung in steter Aufregung zu erhalten und die revolutionären Zwecke in jeder Weise zu fördern. Der besonnene Theil der Arbeiter, der sich in Wien als eigene Fraktion konstituirte und gemäßigte Tendenzen verfolgen wollte, sah seine Thätigkeit durch den Terrorismus gelähmt, der auf ihn einwirkte und von den fanatisirten Arbeitergenossen geübt wurde. Im Geheimen wurde eine Presse errichtet und neuerlich Brandschriften unter dem Titel: „Erste freie Presse Cisleithaniens“ massenhaft verbreitet, um den Haß gegen die Gesellschaft fortwährend zu nähren und zu steigern. Legislative Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter werden als nutzlose Palliativmittel, die der Erreichung des Hauptzieles, der Anarchie nur hinderlich seien, in der schroffsten Weise zurückgewiesen, und allein die niedrigsten und gefährlichsten Leidenschaften zu entflammen gesucht. Zum Beweise, daß die reichlich ausgestreute Saat einen empfänglichen Boden gefunden, werden alsdann die bekannten Thatsachen aufgezählt.

— Wie aus Lissabon gemeldet wird, hat der Führer der progressistischen Partei im portugiesischen Abgeordnetenhause, Herr Luciano Cordeiro, die Initiative eines Gesetzvorschlages ergriffen, welcher die Abschaffung des Gesetzartikels vom Jahre 1834 bezweckt, womit den Nachkommen des Prinzen Dom Miguel das Betreten des portugiesischen Bodens verboten und die Regierung ermächtigt wird, die Mitglieder des jüngeren Zweiges des Hauses Braganza erschießen zu lassen, wenn sie auf portugiesischem Gebiet verhaftet werden. Man hofft, daß dieser seit einem halben Jahrhundert bestehende Makel in der portugiesischen Gesetzgebung durch ein einstimmiges Votum der Kammer werde beseitigt werden.

— Von den französischen Revolutionären ist die anarchistische Bewegung in Oesterreich mit Beifall begrüßt worden. Ein „österreichisches Meeting“ in der Salle Rivoli diente in diesen Tagen dazu, der freudigen Genugthuung über die Vorgänge in Oesterreich Ausdruck zu geben. Zu Ehrenpräsidenten der Versammlung wurden der jüngst in Lyon zum Tode verurtheilte Anarchist Cyvoct und der Mörder des Floridsdorfer Polizeikommissars, Stellmacher, ernannt. Unter den Rednern befanden sich nur sehr wenige Oesterreicher. Der erste Redner Duprat zollte zunächst den „anonymen Vollstreckern“ in Wien volle Anerkennung und beklagte dann die Naivetät der Grubenarbeiter von Anzin, die noch an friedliche Mittel glaubten, um von ihren Arbeitgebern etwas zu erlangen. Nur die Revolution kann nach der Ansicht Duprat's Rettung bringen, worauf ein Oesterreicher hinzufügte, daß die Einheit der Völker der Einheit der Monarchen entgegengestellt werden soll, welcher letzteren man sich, gleichviel, durch welche Mittel, entledigen müßte. Der Anarchist Bordi konstatirte mit Genugthuung, daß die Revolutionäre aller Länder mit Energie vorgehen. In Oesterreich, sagte er, tödten sie die Polizeibeamten; in England sprengen sie die Bahnhöfe in die Luft, in Italien versuchen sie, den König in die Luft zu sprengen, ohne daß es ihnen gelingt, aber der Plan ist nur aufgeschoben. Auch mit den französischen Verhältnissen wurde exemplifizirt, wobei der Redner zu dem Schlusse gelangte, daß es besser wäre, auf einer Barrikade oder, indem man eine Dynamitbombe werfe, unterzugehen, als „in einem schmutzigen Loche Hungers zu sterben“. Der Genosse Leboucher pries die Allianz zwischen den Revolutionären aller Länder. Nachdem noch die tollsten Reden gehalten worden waren, in denen der Haß gegen die „Bourgeoisie“ zum heftigsten Ausdrucke gelangte, wurde ein Antrag angenommen, in welchem die Anwesenden einer Erklärung der Revolutionäre von Newyork zustimmten, welche ihre Solidarität mit den Urhebern der Wiener Attentate aussprachen. Auch die „Helden der Kommune“ treten in Paris neuerdings wieder mehr in den Vordergrund. So war der ehemalige General der Kommune, Eudès, der Hauptredner in einer Versammlung, die über die Abschaffung der stehenden Heere berieth. Die Beseitigung der Armee und deren Ersatz durch eine nationale Miliz wurde von dem „General“ als eine Lebensfrage für Frankreich bezeichnet. Es fehlte übrigens in der Versammlung selbst nicht an Widerspruch. Jedenfalls ist das neue Erscheinen der Kommunards im öffentlichen Leben ein Symptom, welches in Verbindung mit der anarchistischen Bewegung beachtenswerth ist.

— Dem englischen Kriegsministerium ist eine vom 3. d. M. aus Tokar datirte Depesche General Graham's zugegangen, worin derselbe meldet, er habe die Garnison und die egyptischen Einwohner von Tokar nach Trinkitat geschickt, ein Theil seiner Truppen werde heute, der andere morgen dahin nachfolgen, er werde am 5. d. M. seine Streitkräfte bei Trinkitat konzentriren. In einer zweiten Depesche meldet General Graham, er sei Vormittags nach den südlich von Tokar gelegenen arabischen Ortschaften marschirt und habe dort zwei verlassene Kanonen, eine große Anzahl Munition und gegen tausend Gewehre aufgefunden. Die Aufständischen hätten sich ins Gebirge zurückgezogen. Alle Verwundeten habe er Tags vorher nach Trinkitat geschickt. Eine dritte der Regierung gestern Abend 10 Uhr zugegangene Depesche General Graham's sagt, er befinde sich gegenwärtig auf dem Marsche von Tokar nach Trinkitat. Einem weiteren Telegramm zufolge steht General Graham's Rückkehr nach Suakin, um von dort aus eventuell Osman Digma selbst anzugreifen, unmittelbar bevor. Dieses Telegramm lautet:

Kairo, 4. März. Aus Suakin von gestern wird gemeldet, ein egyptischer Dampfer habe 700 Männer, Frauen und Kinder aus Tokar daselbst ausgeschifft, von den englischen Panzerschiffen seien 300 Seesoldaten gelandet worden, die Garnison von Suakin bestehe gegenwärtig aus 650 Seesoldaten und 500 Mann egyptischer Truppen, welch' letztere aber demnächst nach Kairo zurückgeschickt werden sollten. Die Rückkehr der von Suakin abgegangenen Truppen werde täglich erwartet. Die Aufständischen seien in großen Haufen in einer Entfernung von etwa 7 Meilen von Suakin versammelt, von den befreundeten Stämmen sei bis jetzt Niemand nach Suakin hereingekommen, Osman Digma bedränge dieselben und sei bemüht, sie zum Uebertritt auf seine Seite zu veranlassen. Aus Jeddah werde gemeldet, die türkische Regierung habe den dortigen Kaufleuten die Waarenausfuhr nach Suakin bei dreijähriger Gefängnißstrafe verboten.

Die letzterwähnte Maßregel kann dem Bestreben entsprungen sein, die türkischen Araber von dem Verkehr mit den Sudanesen abzuhalten, da der Fanatismus für den Mahdi auch auf der arabischen Halbinsel Wurzel gefaßt haben soll; sie kann aber auch ein Ausfluß der zunehmenden Eifersucht der Pforte auf England sein. Eine Aufklärung wird ja bald stattfinden.

Ausland

Paris, 3. März. General Millot gilt für einen der strebsamsten Generäle der französischen Armee, aber Politiker scheint er nicht zu sein. Kaum angekommen in einer ihm fremden Welt, schreibt er schon Urtheile über die Lage und belehrt das liebe Publikum in seinen Depeschen, wie er „sich überall überzeugt habe, daß die Bevölkerung voll Ehrfurcht und Furchtsamkeit sei“. Noch mehr, Tonkins Bevölkerung „sucht Schutz bei den französischen Soldaten und giebt den Offizieren Auskunft, dient den fliegenden Kolonnen des Oberst Brionval zum Führer, geht wieder an die Arbeit, die Kanonenboote machen Jagd auf die Piraten und werfen Kugeln in die zahlreichen Verschanzungen der schwarzen Flaggen.“ Ferry beeilt sich, diese Weisheit durch Havas an die große Glocke zu hängen. Das werthvollste in diesen Depeschen ist das Bekenntniß, daß zwischen Sontay und dem eigentlichen Delta noch zahlreiche verschanzte Lager der schwarzen Flaggen vorhanden sind, und daß der Kleinkrieg in Tonkin fortdauert.

Die Königin Mewau von Tahiti, die ozeanische Kleopatra, klagt sehr über die Zudringlichkeit der Zeitungsspäher, die ihr in Amerika und nun auch in Paris die Reisefreude verderben. Im übrigen sucht sie sich zu unterrichten, so gut sie kann, sie war am Montag sogar in der Sitzung des Palais Bourbon, wo die Quästoren sie auf die Tribüne des Präsidenten der Republik geführt hatten.

Die Bewegung der Franzosen gegen Bac-ninh hat begonnen. Bac-ninh, 35 km nordöstlich von Hanoi und fast ebenso weit nordwestlich von Haidzuong, gilt für die stärkste Festung in Tonkin, liegt mitten in einer fruchtbaren Ebene zwischen dem Rothen Flusse und dem Song-cau, welche von Kanälen durchschnitten ist, von denen der mehrgenannte Kanal der Stromschnellen von Hanoi an den Song-cau führt; dieser Kanal bildet die Wasserstraße; der Landweg führt über Phu-tu-Son, ein Dorf halbwegs zwischen Hanoi und Bac-ninh. Dieses ist als Stadt und Handelspunkt unbedeutend, als Festung aber wichtig. Die Citadelle bildet ein Achteck von 1800 m Umfang mit Gräben. Die alten Werke sind ausgebessert und vor der ersten Umwallung wurden im letzen Jahre vier neue Umwallungen ausgeführt; der Weg nach Hanoi wurde mit Vorwerken durchschnitten und auf den umliegenden Anhöhen wurden Erdwerke mit Bambusverhauen angelegt. Die Festung ist mit Kruppschen Kanonen versehen und die Batterien sind durch Panzerplatten geschützt. Der französische Angriff soll im Osten durch die Kolonne Négriers, im Süden durch die Millots ausgeführt werden. Die Flottille soll mit ihren schweren Geschützen den Ausschlag geben; Millot glaubt nämlich nicht daran, daß die Chinesen mit Torpedos umzugehen wissen.

Der „Telegraphe“ macht zu der Nachricht, daß im Ministerium des Auswärtigen von der demnächstigen Besetzung der Insel Hainan die Rede sei, die Bemerkung: „In diesem Falle wäre zu bedauern, daß man mit der Rückkehr zur Politik der Pfandnahme so lange gewartet hat, bis die Chinesen Zeit hatten, ihre Inseln in Vertheidigungszustand zu setzen.“

London, 3. März. Die Polizei soll in Erfahrung gebracht haben, daß im Ganzen fünf Höllenmaschinen in den Gepäckräumen der Londoner Eisenbahnstationen eingeschmuggelt wurden. Eine davon richtete das Unheil in der Victoria-Station an; drei andere fand man in den Stationen von Charing-Croß, Paddington und Ludgate-Hill; es würde somit noch eine fehlen und der Sonntag wurde zu einer eingehenden Untersuchung aller in den Bahnhöfen liegenden Gepäckstücke benutzt, die jedoch zu keinem Resultate führte. Da man in der Victoria-Station zwei Detonationen hörte, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß dort zwei Höllenmaschinen niedergelegt wurden. Die Londoner Eisenbahnverwaltungen haben nunmehr beschlossen, Gepäckstücke nur zur Aufbewahrung zu übernehmen, wenn dieselben früher zum Behufe der Untersuchung geöffnet werden. Das Reisegepäck einlaufender Seedampfer wird fortan gleichfalls eine strenge Revision zu bestehen haben.

Provinzielles.

Stettin, 6. März. Den größten Theil der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten in Grabow nahm die Berathung des Stadthaushalts-Etats für die Zeit vom 1. April 1884 bis 31. März 1885 in Anspruch. Derselbe zeigt gegen den Etat des Vorjahres nur wenig Veränderungen und verursachten die einzelnen Positionen auch nur geringe Debatten. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 117,330 Mk.; hiervon kommen auf den Kämmereikassen-Etat 98,682 Mark. Der Etat der Schul-Verwaltung erfordert — einschließlich der Zuschüsse aus der Kämmereikasse — 20,669 Mk., der Etat der Armenpflege — einschließlich der Zuschüsse aus der Kämmereikasse — 30,620 Mk. — Von Herrn Huth war der Antrag gestellt, das Straßenbau-Konto von 2500 Mk. auf 3500 Mk. zu erhöhen und die hierzu erforderlichen 1000 Mk. aus den Mehreinnahmen an Schulgeld zu entnehmen. Herr Schmidt glaubt, daß in erster Reihe die Hausbesitzer berücksichtigt müssen werden, wenn sich bei einem Titel eine Mehreinnahme herausstellte, denn die Hausbesitzer seien die Höchstbesteuerten und wohl auch am ungerechtesten Besteuerten. Der Zuschlag zur Gebäudesteuer von 100 pCt. sei bei den heutigen Zeitverhältnissen und bei der heutigen Nothlage der Hausbesitzer sicher nicht mehr gerechtfertigt und denselben müßte eine Ermäßigung bewilligt werden. Redner stellt zugleich eine die gleiche Bitte enthaltende Petition des Grabower Hausbesitzer-Vereins in Aussicht.

Obwohl von einzelnen Mitgliedern der jetzige Nothstand der Grundbesitzer anerkannt wurde, war man in der Minorität doch der Ansicht, daß die zur Zeit in Frage kommenden 1000 Mk. nicht genügend seien, um denselben eine Ermäßigung zu schaffen und wurde deshalb der Antrag des Herrn Huth angenommen.

Seit mehreren Jahren wurden dem „Frauen-Verein“ zur Unterstützung Armer mit Brennmaterial jährlich 100 Mk. aus städtischen Mitteln bewilligt; Herr Schreiber beantragt, diese Position zu streichen und demgemäß wurde auch beschlossen.

Der Etat der Schul-Verwaltung erfordert für Lehrergehälter 18,625 Mk. gegen 18,310 Mk. im Vorjahr, die Mehrausgabe ist entstanden, weil mit dem neuen Etat die Verfügung der königlichen Regierung vom 13. Februar d. J. in Kraft tritt, wonach der am 10. Mai 1873 beschlossene Lehrer-Besoldungsplan auch für die vor dem Jahre 1873 angestellten Lehrer gilt und diese demgemäß entsprechende Gehaltserhöhungen erhalten müssen.

Von den übrigen Gegenständen der Tagesordnung ist nur wenig von Interesse. Zu der Verpachtung der disponiblen Friedhofs-Ländereien zu Nemitz vom 1. April d. J. ab auf 3 Jahre für 16 Mk. pro Jahr an Herrn Eigenthümer Blocksdorf wird der Zuschlag ertheilt.

Von Herrn Abgeordneten Schmidt ist ein Entwurf des Nothsteuer-Gesetzes eingegangen, wovon die Versammlung Kenntniß nimmt. Dasselbe ist für Grabow wegen des Steuerdomizils der Beamten von besonderem Interesse.

Konitz, 5. März. Prozeß wegen des Neustettiner Synagogenbrandes. Heute wurden 15 Zeugen, darunter zwei neuerdings vorgeladene, sowie der Sachverständige, Ingenieur Schreiber, vernommen. Neue Thatsachen wurden hierbei nicht vorgebracht. In den früheren Aussagen wurden mehrfache Widersprüche konstatirt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Carlo Broschi, oder: Des Teufels Antheil.“ Komische Oper in 3 Akten.

Vermischtes.

— (Fürst Bismarck in Gefahr.) Der „Berged. Ztg.“ wird aus Friedrichsruh berichtet: Einem schweren Unfall ist dieser Tage Fürst Bismarck mit genauer Noth entgangen. Als er bei einer seiner täglichen Spazierfahrten den Uebergang über die Eisenbahn zwischen Friedrichsruh und Schwarzenbeck passiren wollte, nachdem eben ein Zug vorüber, die Barriere aber noch geschlossen war, öffnete der Kutscher dieselbe und ließ den Wagen durch. Kaum aber war dies geschehen, als eine Lokomotive daherbrauste, und wäre die Zertrümmerung des Wagens wohl unvermeidlich gewesen, wäre es nicht gelungen, die Pferde noch rechtzeitig zurückzuwerfen und so die Gefahr glücklicherweise abzuwenden.

— (Ballgespräch.) Herr: „Wie ich höre, haben Sie in letzter Zeit das Kochen gelernt, da werden Sie nun wohl Ihren lieben Eltern einen ganz vorzüglichen Mittagstisch bereiten, mein Fräulein?“ — Fräulein: „Ja, ich hab' das Kochen nur im Großen gelernt, für drei Personen kann ich nicht kochen.“

Lübben. (Riesenkrebs.) Bekanntlich haben in unsern Gewässern die Krebse seit einigen Jahren gänzlich Vergang genommen. Umsomehr mußte es den Fischer Klinkmüller aus Steinkirchen überraschen, als er gestern bei Ausübung seines Berufes in der Spree zwischen der kleinen Amtsmühle und dem Schlosse ein solches Schalthier von ganz außergewöhnlichen Dimensionen aus dem Wasser zog. Der Krebs mißt in seiner Länge 38 Ztm. und die eine der Scheeren, welche noch einmal so groß ist als die andere, 22 Ztm., das Thier ist also größer als ein gewöhnlicher Hummer.

— (Ein Drama auf dem Balle.) Einer der bekanntesten und angesehensten Bürger Alt-Ofens, Ladislaus S., hat — wie „Pesti Hirlap“ meldet — vor sechs Monaten ein junges Mädchen geheirathet, das vier Jahre lang bei seinen Kindern als Erzieherin thätig war und sich die Liebe und das Vertrauen der Familie in hohem Maße erworben hatte. Vor einigen Tagen gab S. in seiner Wohnung eine Soirée, zu welcher auch einige Masken erschienen. Gegen Mitternacht verschwand die junge Hausfrau aus dem Zimmer; zur selben Zeit wurde auch eine der maskirten Gestalten abgängig. Dies fiel dem Hauswirth auf und er suchte nach Beiden argwöhnisch in den übrigen Gemächern. In der That fand er seine Frau im Schlafzimmer mit einem demaskirten Jüngling, ihrem früheren Anbeter, in einem zärtlichen Tête-à-tête. Voll Ingrimm ob des Treubruches setzte er den Revolver auf seine Frau an, noch ehe er ihn aber abdrücken konnte, hatte diese schon die Klinge eines Messers sich ins Herz gestoßen.

— Ein Auftritt, wie ihn schwerlich jemals ein Romanschreiber oder Dramatiker zu erfinden gewagt, ereignete sich dieser Tage in Oran. Die reiche und schöne Zenaide sollte sich mit Mardochaens, einem aus Tunis stammenden Glaubensgenossen verheirathen. In allen Straßen drängten sich die Neugierigen, um die Braut und den zahlreichen prächtigen Zug der Hochzeitsgäste zu sehen. In der Synagoge angekommen, sollte eben die Trauung beginnen, als Mardochaens von seinem zukünftigen Schwiegervater die sofortige Auszahlung der versprochenen Mitgift verlangte. Der Papa war darauf am wenigsten vorbereitet, versprach die Sache am folgenden Tage in Ordnung zu bringen, Mardochaens jedoch ließ sich auf nichts ein, sondern kehrte der Braut und der ganzen Hochzeits-Gesellschaft den Rücken, als man ihn nicht sofort befriedigte. Die Anwesenden waren ganz verblüfft, wußten nicht was sie sagen sollten, sahen schon den leckern Hochzeitsschmaus nebst sonstigen Vergnügungen sich in eitel Dunst auflösen. Doch ehe sie sich wieder gefaßt hatten, kehrte sich die Braut gegen die Gesellschaft mit der Erklärung: da sie nicht unverrichteter Sache nach Hause zurückkehren wolle, sei sie bereit, sich mit demjenigen der anwesenden jungen Leute trauen zu lassen, welcher sie zu nehmen einwillige. Sofort stürzten fünf oder sechs der jüngern Hochzeitsgäste zwischen den übrigen durch: jeder wollte zuerst die Braut erreichen. Der Glückliche, welchem dies gelang, war der recht hübsche junge Benjamin Maalem, ehrsamer Schustergeselle seines Zeichens. Er ergriff die Hand der schönen Zenaide und der Rabbiner vollzog sofort die Trauung. Der Papa machte zwar ein enttäuschtes Gesicht, überwand jedoch bald seinen Verdruß, da seine Tochter mit dem Wechsel des Bräutigams, jetzigen Gatten, sehr zufrieden schien. Die Hochzeit war um so fröhlicher und lebhafter, als die Gäste schon auf dieselbe verzichten zu müssen geglaubt. Das improvisirte Pärchen ist seither recht zufrieden und glücklich, und die jungen Leute, welche bei dem Sturmlauf auf die Hand Zenaidens zu kurz gekommen, dürften sich auch getröstet haben. Der Schwiegerpapa hat sich mit seinem unverhofften Schwiegersohn versöhnt, seitdem sich herausgestellt hat, daß derselbe mit einer geringen Mitgift zufrieden ist, welche ihm genügt, um ein größeres Schuhwaarengeschäft anzulegen.

— Aus Newyork wird unterm 25. v. M. gemeldet: Durch die jüngsten Wirbelstürme im Süden sind einem ungefähren Ueberschlage zu Folge 600 Personen umgekommen und wurde Eigenthum im Werthe von 8,000,000 Doll. vernichtet. Die Fluthen im unteren Mississippi lassen Greenville oberhalb Vicksburg allmälig in den Fluß versinken. Ein großer Speicher wurde gestern unterwühlt, und der Fluß ist soweit ausgetreten, daß die Hauptverkehrsstraßen bedroht sind. Man fürchtet, die ganze Stadt, welche auf plattem Lande steht, werde verschlungen werden. Die Bevölkerung zählt 4000 Seelen.

— (Im Theater.) Zwei Landleute gehen ins Theater, wo ein Schauspiel gegeben wird. Im zweiten Akt kommt ein Gewitter vor; kaum war der zweite Donnerschlag verklungen, als die Ehehälfte ausrief: „Was hab' i denn g'sagt, seit acht Tag spür' i's scho' in meine Gliader, daß a G'witter komma muaß!“

Telegraphische Depeschen.

Straßburg i. E., 5. März. Der Landes-Ausschuß hat bei der dritten Lesung des Landeshaushaltsetats die für Verbreitung amtlicher Mittheilungen ausgeworfene Summe von 39,000 Mk., wie solche in der Regierungsvorlage ursprünglich vorgesehen war, mit 26 gegen 10 Stimmen angenommen. In der vorhergehenden Lesung hatte derselbe an der erwähnten Summe 19,000 Mk. gestrichen.

Bern, 4. März. Schulze, einer der Hauptagitatoren der hiesigen Anarchisten, ist heute ebenfalls verhaftet worden.

Petersburg, 5. März. Durch kaiserl. Ukas ist angeordnet, daß das Departement der Inspektion im Marineministerium künftig Hauptmarinestab benannt werden soll. Zum Chef desselben wird der Vizeadmiral Tschichatscheff I. und zum Gehilfen der Kapitän Nowachowitsch ernannt. Ein gestern erlassener kaiserlicher Tagesbefehl enthält die Ernennung des Generals Tschernajeff zum Mitgliede des Kriegsrathes unter Zuzählung zum Generalstabe und des Generals von Rosenbach zum General-Gouverneur von Turkestan und Kommandirenden der Truppen des turkestanischen Militärbezirks.